

-----  
DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

-----  
D E R S P A R T A K I S T  
-----

-----  
ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)  
-----

Mai 1955

Nr. 89

Preis S 2.-  
-----

VOR DEM ENDE DER BESETZUNG  
=====

Seit der von Moskau im Februar ergriffenen Initiative in den Staatsvertragsverhandlungen geht es rasch vorwärts. Die Verhandlungen der österreichischen Regierung in Moskau (12.-16. April) brachten rasche Ergebnisse, die im Vergleich zur Berliner Konferenz (Februar 1954) als sehr günstig für die Vertreter Österreichs anzusehen sind. Auch die Imperialisten haben sich, nach wenigen Tagen der Unentschlossenheit und nach einer Beratung für eine rasche Beendigung der Verhandlungen entschlossen. Die Verhandlungen der Botschafter werden am 2. Mai beginnen und es ist sogar mit einer verhältnismäßig raschen Unterzeichnung und Ratifizierung zu rechnen. Wieso soll es nach zehn Jahren Verschleppung der Verhandlungen zu einem so raschen Abzug der Besatzungstruppen kommen?

Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn man die gegenwärtigen Beziehungen der Weltmächte untersucht.

Welche Kompromisse sind möglich?

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Staatsvertrag in der von der russischen und österreichischen Regierung ausgehandelten Verfassung abgeschlossen werden wird. Ist das nicht ein Kompromiß zwischen den beiden Weltblöcken? Wenn es zu Kompromissen in kleineren Fragen kommt, kann es da nicht zu Kompromissen in viel größeren Fragen, z.B. Deutschland kommen?

Wenn wir die Politik des USA-Imperialismus verfolgen, so sehen wir, daß diese ganz bestimmte Ziele verfolgt. Ihr Hauptziel ist die Errichtung und Aufrüstung einer imperialistischen Front, einschließlich Deutschland.

Der amerikanische Imperialismus versucht dabei zu vermeiden, daß er in eine Position gedrängt wird, in der er gezwungen wird, "einen falschen Krieg, zu einem falschen Zeitpunkt, mit einem falschen Gegner" zu beginnen. Im wesentlichen gehen die diplomatischen Kämpfe seit dem Korea-Krieg von seiten Washingtons darum, sich nicht in eine solche falsche Position hineinmanövrieren zu lassen, und von seiten Moskaus darum, zu versuchen, den USA-Imperialismus immer wieder in diese falsche Position hineinzutreiben.

Eine entscheidende Rolle in den strategischen Plänen des USA-Imperialismus bildet die Wiederaufrüstung Deutschlands. Durch diese

hofft er, in Europa, dem entscheidenden Gegner (Rußland), mit genügend starken Kräften (das Rückgrat sollen die deutschen Divisionen bilden), zu einem Zeitpunkt, wo es noch einigermaßen eine Chance auf Sieg gibt, den Krieg auslösen zu können.

Die Entwicklung des Weltkräfteverhältnisses seit dem Sieg der chinesischen Revolution 1948/49 zugunsten der Kräfte der Weltrevolution hat Washington diese Politik und Strategie aufgezwungen. Die Durchführung dieser Politik stößt aber auf große Schwierigkeiten. Der USA-Imperialismus steht immer wieder vor der Alternative, vom Ziel seiner Politik abweichen zu müssen, oder aber um den Preis kleiner oder größerer politischer und strategischer Nachteile, dieses weiter verfolgen zu können. Dieses Dilemma gibt Rußland und China die Möglichkeit, dem USA-Imperialismus Kompromisse aufzuzwingen. So mußte er die Ergebnisse der Genfer Konferenz zur Kenntnis nehmen, so mußte er Tschiang-Kai-Schek in Formosa zurückpfeifen, so muß er jetzt den österreichischen Staatsvertrag zur Kenntnis nehmen. Bei all diesen Gelegenheiten mußte und muß der USA-Imperialismus Haare lassen, wollte oder will er nicht vom Ziele seiner Politik abgedrängt werden.

Auch die Zeit wird zu einer Alternativ-Frage für den USA-Imperialismus. In strategischer Hinsicht ist er in Zeitnot, da er sonst fürchten muß, daß sich das Kräfteverhältnis zu sehr zu seinem Ungunsten ändert. In taktischer Hinsicht, zur Aufrüstung Deutschlands, braucht er noch zwei, drei Jahre Zeit. Selbstverständlich versucht der Kreml dieses Dilemma auszunützen.

Das Hauptziel der gegenwärtigen Politik des Kreml ist die Verhinderung, zumindest das Hinausschieben der Wiederaufrüstung Deutschlands. Er hat diese Politik auch nach der Ratifizierung der Pariser Verträge nicht geändert. Der Vorstoß in der Österreich-Frage ist die Fortsetzung derselben Politik. Die Verwirklichung des Staatsvertrages bringt dem Atlantikpakt einen nicht zu unterschätzenden strategischen Nachteil, den Verlust Westösterreichs. Aber das ist für den Kreml nur ein wichtiges Nebenprodukt. Das Wichtigste für ihn sind die Auswirkungen des Abschlusses des Staatsvertrages auf Deutschland.

"Das österreichische Beispiel soll in deutschen Kreisen der Spekulation auf direkte Verhandlungen mit Moskau neuen Auftrieb geben und in der Bundesrepublik der Tendenz zum Durchbruch helfen, die in der Hoffnung auf zweiseitige Abmachungen mit der SU die Aufrüstung zurückzustellen bereit wäre. Damit würde natürlich der Westeuropäischen Union wie dem Atlantikpakt ein schwerer Schlag zugefügt werden." (Neue Zürcher Zeitung, 17.4.55).

Die Dulles und Konsorten haben diese Gefahr erkannt. Dulles machte gute Miene zum bösen Spiel und sagte: "Der österreichische Staatsvertrag ist die erste Dividende unserer Politik der Stärke."

Der USA-Imperialismus hat fast keine Möglichkeit, den Abschluß des Staatsvertrages zu sabotieren, das würde die antiamerikanische Stimmung in Österreich und in ganz Europa, ja sogar in Asien, in einem für ihn unerträglichen Maße steigern. Das einzige, was er tun kann, ist so rasch wie möglich über diese Klippe hinwegzukommen, damit sich die Auswirkungen der durch die Moskauer Verhandlungen geschaffenen Lage nicht noch vertiefen.

Das Wesen eines Kompromisses liegt darin, daß zwei Gegner einen Waffenstillstand schließen. Beide hoffen, nach Ablauf der Waffenstillstandsfrist, mit neuen Mitteln den Gegner niederzwingen zu können. Aber jeder der beiden Gegner wird es vermeiden, einen Waffenstillstand abzuschließen, von dem er von vorneherein weiß, daß er nach dessen Ablauf am Boden liegen wird. Nur Selbstmörder sind bereit, solche Kompromisse zu schließen.

Im "Kalten Krieg" der beiden Weltblöcke gibt es noch die Möglichkeit des Abschlusses von kleinen Kompromissen, wie der Fall

Österreich einer ist. Aber es gibt zweifellos keine Basis für grössere Kompromisse. Z.B. eine Wiederholung desselben Spiels mit Deutschland, wie es sich in Österreich abgespielt hat, kann sich der USA-Imperialismus vom Kreml nicht aufzwingen lassen. In Österreich hat der USA-Imperialismus eine Runde verloren. Er kann aber den Kampf in der nächsten Runde noch mit einigen Chancen fortsetzen. Wenn er in Deutschland eine ähnliche Runde abgeben müßte, würde das für ihn in der heutigen Lage den sicheren k.o. in der nächsten Runde bedeuten.

### Die Politik der Bourgeoisie

Die Repräsentanten der österreichischen Bourgeoisie, Raab - Figl - Kamitz, verfolgen einen sehr elastischen Kurs. Sie verstehen es sehr gut, ihren durch und durch reaktionären Charakter hinter sozialer und politischer Demagogie zu verbergen. Sie haben es verstanden, eine solide bäuerliche und kleinbürgerliche Massenbasis zu bewahren, wie kaum eine zweite Bourgeoisie in Europa. In ihrer Partei, der ÖVP, verstehen sie es, die auftretenden Gegensätze auszubalancieren. Sie konnten es verhindern, alle besonders von der SP begrüßten und unterstützten Versuche einer Schaffung einer zweiten bürgerlichen Partei (VdU, Strachwitz, Christlichsoziale), zur gänzlichen oder fast gänzlichen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Sie haben es verstanden, die SP in der Koalition an allen unpopulären Maßnahmen der Regierung mitverantwortlich zu machen, ohne auch nur für einen Augenblick die Führung in allen entscheidenden Dingen abzugeben.

Das Ergebnis der ÖVP-Politik, zu deren Durchsetzung die SP-Führung die Mauer machte, ist das "Wunder an der Donau": Ein für die bestehenden Verhältnisse solider kapitalistischer Staat, ein jahrelanger "sozialer Friede".

Diese durch den Wiederaufbau erreichte innenpolitische Stabilität ermöglicht der ÖVP eine, wenn auch nur sehr bescheidene, Unabhängigkeit in der Außenpolitik. Die Abwehr der volksdemokratischen Gefahr hat sie der SP überlassen, während Figl mit Fischer verhandelte. Am Marshallplan hat sie sich bereichert. Die Propaganda für die amerikanische Politik der Stärke hat sie Oscar Pollak überlassen, während sie zur selben Zeit ihren "Amerikaner" Gruber ausbootete.

Die ÖVP hat schon lange mit dem "finnischen Kurs" geliebäugelt. Sie wartete auf eine günstige Konstellation in der Weltpolitik, um ihn durchführen zu können. Mitbestimmend waren auch die wirtschaftlichen Interessen. Die westdeutsche Konkurrenz bereitet der österreichischen Bourgeoisie große Schwierigkeiten auf den kapitalistischen Absatzmärkten. Die Außenhandelsbilanz gegenüber Westdeutschland ist stark passiv. (Die Importe aus Deutschland stiegen gegenüber der Vorkriegszeit um 100 %, die Exporte aber nur um 50 %.) Die österreichische Konjunktur (Österreich ist eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette) ist überempfindlich gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt.

Die "Presse" spricht es nüchtern aus: "Im Osthandel bestehen große Möglichkeiten." Eine österreichische Delegation ist bereits in Moskau, um über die Warenliste der Reparationszahlungen, aber auch um über den Abschluß eines Handelsvertrages zu verhandeln.

Auch die in Moskau ausgehandelten neuen Bestimmungen im Staatsvertrag bringen der österreichischen Bourgeoisie nicht unwesentliche wirtschaftliche Vorteile. Alle sowjetischen Betriebe, inklusive Ölfelder und Donaudampfschiffahrtsgesellschaft werden Österreich überlassen. Die 150 Millionen Dollar Reparationszahlungen brauchen jetzt nicht in harten Devisen bezahlt werden, sondern in Warenlieferungen.

Vom Standpunkt der kapitalistischen Weltpolitik kann man der österreichischen Bourgeoisie Mangel an Klassenbewußtsein vorwerfen. Vom Standpunkt ihrer spezifischen Interessen aber ist ihre Politik zweifellos realistisch.

### Die Politik der SP

Die SP-Führung hat in den letzten Wochen ihre außenpolitische Linie geändert. Nachdem sie jahrelang die "Politik der Stärke" vertreten und zu den lautesten Kritikern an der SPD-Politik in der Frage der deutschen Wiederaufrüstung gehört hatte, hat sie heute praktisch die Linie der SPD übernommen. Sie hat die außenpolitische Neutralität der dauernden Besetzung (mit der immer latenten Gefahr einer Teilung des Landes) und der Unterstützung der "Politik der Stärke" vorgezogen.

Die SP-Bürokraten hatten keine andere Wahl als ihre Linie zu ändern. Wenn sie die von Oscar Pollak bis noch vor wenigen Wochen offen und heute noch versteckt vertretene Linie der Unterstützung der "Politik der Stärke" weiter beibehalten hätten, hätten sie bei der bestehenden Lage riskiert, ihren Massenanhang zu dezimieren. Andererseits hat ihnen die Tatsache, daß die Masse ihrer Gefolgschaft die Pollak-Linie mit all ihren Konsequenzen niemals assimiliert hatte, geholfen, ihre Schwenkung vorzunehmen.

Einige Bürokraten versuchen ein Rückzugsgefecht. Sie behaupten, daß die "Politik der Stärke" den günstigen Abschluß in Moskau erst ermöglichte. Dieses Argument schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Der Abschluß des Staatsvertrages bedeutet jetzt, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, einen Erfolg des "Ostens" und eine Niederlage des "Westens" im Kalten Krieg. Er bedeutet eine Niederlage der Politik der Stärke. Eine seiner Auswirkungen ist, daß die Basis der Politik Adenauers, die Hoffnung aller imperialistischen und auch mancher "sozialistischer" Strategen, zu wanken beginnt.

Der Abschluß des Staatsvertrages stellt die SP-Führung vor neue Probleme. "Die Koalitionspolitik werden wir aufrechterhalten", behaupten SP- und ÖVP Führung. Aber trotz dieser Erklärung beginnt bereits der Kampf um die Frage der Aufteilung der Lasten des Staatsvertrages und die Frage der Verstaatlichung der USIA-Betriebe. In der Frage der Verstaatlichung hat der Heimwehler Graf bereits offen den Kampf angesagt: "Wir haben Österreich durch zehn Jahre vor dem kommunistischen Kollektiv bewahrt, die ÖVP wird Österreich auch vor einem marxistischen Kollektiv bewahren." Auch für die Beherrschung des Bundesheeres melden beide Koalitionspartner Ansprüche an.

Die SP-Führung fürchtet schon jetzt das Dilemma, in das sie unvermeidlich geraten muß: auf der einen Seite wird sie Massen mobilisieren müssen, um sich im Kampfe gegen die ÖVP durchsetzen zu können, auf der anderen Seite fürchtet sie die damit verbundenen Konsequenzen.

Es hat bereits in der Staatsvertragsfrage Differenzen in der SP-Führung gegeben. Nach dem Abschluß des Staatsvertrages und nach dem Abzug der Besatzungstruppen wird es in der neuen Lage zu einem weiteren Differenzierungsprozeß über die einzuschlagende Politik kommen. Die Gewerkschaftsführung meldet Lohnforderungen an, die Rechtsten (Helmer, Pollak, Waldbrunner) versuchen weiterhin, eine proamerikanische Linie einzuhalten; das Zentrum (Schärf, Kreisky) versucht, die vor Jahren fallengelassene Linie der "Dritten Kraft" wieder aufzunehmen. Czernetz versucht, dem Mischmasch der SP-Linie eine theoretische Basis zu geben, wobei es ihm nur gelingt - seine eigene Konfusion zu reproduzieren.

Die Politik der SP-Führung steht vor wichtigen Entscheidungen.

Innenpolitisch haben die Wahlen in einigen Bundesländern gezeigt, daß das parlamentarische Gleichgewicht zwischen SP und ÖVP weiterhin aufrecht bleibt, und zwar in der Weise, daß die parlamentarische Kraft von SP und ÖVP auf Kosten von KP und VÖU zunimmt. Die einzige Möglichkeit für die SP-Führung, sich gegen die Angriffe der ÖVP zur Wehr zu setzen, besteht in der Entfaltung der hinter ihr stehenden außerparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiterklasse.

International schwankt die SP-Führung zwischen den beiden Blöcken hin und her, wobei sie sich immer noch zum "Westen" gehörig rechnet. Die Möglichkeit, sich einem der beiden Blöcke vollständig zu verschreiben, ist ihr durch die internationale Entwicklung und durch die Lage ihres Aktionsgebietes genommen worden.

### Die Politik der Stalinpartei

Die Führung der österreichischen Stalinisten hat sich, nachdem die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen bekannt geworden waren, beeilt, in Aufrufen und Artikeln bekanntzugeben, daß die österreichische Regierung nur deshalb in Moskau erfolgreich war, weil sie die von ihr seit Jahren vorgeschlagene Politik übernommen habe. Dabei verschweigt sie die Bedeutung der Konzessionen. Sie selbst hat die schlimmsten Forderungen des Kremls seit Jahren gebilligt. Die KP-Pressen feiert die Moskauer Verhandlungen als einen Triumph ihrer Politik und die KP selbst - steht am Beginn einer Krise.

In großen Teilen der Massen ist seit den Moskauer Verhandlungen ein gewisser Stimmungsumschwung eingetreten. Anstelle von Verachtung und Mißtrauen gegenüber der Politik der SU sind, wenn schon nicht Sympathien, so doch Anerkennung getreten. Dieser Stimmungsumschwung hat sich aber keineswegs auf die österreichische KP übertragen. Im Gegenteil, die KP ist im Begriffe, auch die Sympathien ihres bisher festen Stockes an Arbeiteranhang zu verlieren, wegen ihrer opportunistischen Politik.

Diesen Arbeitern hat die KP-Führung bis jetzt immer eingeredet, ihre gesamte Politik seit 1945 sei nur Tarnung und Anpassung gewesen, um mit Hilfe der Sowjetunion eine Volksdemokratie zu errichten und den Sozialismus aufzubauen. Die besten dieser Arbeiter fühlen sich nun betrogen. Sie sehen in der KP kein Mittel mehr, um den Sozialismus in Österreich zu verwirklichen. Sie beginnen zu erkennen, daß die österreichische Stalinpartei nur eine Agentur, und noch dazu eine schlechte, des Kremls ist.

Die österreichischen Stalinisten haben am Staatsvertrag überhaupt nichts auszusetzen. Sie nehmen auch die Reparationszahlungen prinzipienlos zur Kenntnis und stimmten im Parlament für eine Resolution, die das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen billigt. Es ist möglich und auch zulässig, daß der Arbeiter-Staat Verträge mit kapitalistischen Staaten abschließt. Aber eine wirklich kommunistische Partei darf niemals Verträge ihrer eigenen Bourgeoisie, ihrer eigenen kapitalistischen Regierung billigen und ihr damit das Vertrauen für ihre Politik aussprechen. Eine kommunistische Partei darf auch niemals Verträge des Arbeiterstaates richtig heißen, die Bestimmungen enthalten, die im Widerspruch mit einer internationalen sozialistischen Politik stehen.

Eine Linie der gegenwärtigen KP-Politik in Österreich kann man kaum feststellen, es sei denn, man kann Konfusion als Linie bezeichnen. Die Stalinisten setzen ihren "Kampf für den Frieden" und ihren "Kampf gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands" im Bündnis mit den beiden Nullen in der österreichischen Politik, Scharf und Dopretberger, fort. Alle Aktionen der KP auf dieser Linie enden in der Aktivierung ihrer eigenen bereits sehr ermüdeten Kader und damit in

Selbstgesprächen. Ihre Politik gegenüber der SP ist eine einzige Katastrophe. Sie haben die "Weisheit" der SP-Regierungsmitglieder in den Himmel, weil sie in Moskau den Staatsvertrag erreicht haben (nebenbei spenden sie genau soviel Lob den ÖVP-Ministern). Auf der anderen Seite verhindern sie, daß die SP mit Unterstützung der KP Erfolge gegen die Bourgeoisie erringt. So stellen sie bei Landtags-, Gemeinderats- und Kammerwahlen Kandidatenlisten auch dort auf, wo sie niemals Aussichten haben, durchzukommen, anstatt die SP gegen die ÖVP zu unterstützen. Die Politik der KP-Führung gegenüber der SP, die eine neue Variante des "Sozialfaschismus" anfangs der Dreißigerjahre ist, macht die Isolierung der Kader der KP von der SP-Arbeiterschaft fast zu einer hermetischen.

Seit 35 Jahren sind Hunderttausende österreichische Arbeiter, unter ihnen oft die besten, der KP in die Arme getrieben und immer wieder enttäuscht worden. Es ist anzunehmen, daß jetzt der Stalinismus in Österreich am Anfang seines Endes steht.

### Eine neue Lage entsteht

Die internationalen Perspektiven haben wir bereits eingangs behandelt. Der Staatsvertrag und die damit beginnende neue Lage für die Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich ist ein Produkt der internationalen Entwicklung. Die auf dem III. und IV. Weltkongreß entwickelten internationalen Perspektiven haben letzten Endes auch in der österreichischen Entwicklung ihre Bestätigung gefunden, wenn auch in eigenartiger Weise. Die Entwicklung der Weltgegensätze sind im Begriffe, in Österreich eine "Insel" zu schaffen. Wir sind weit davon entfernt, die von Bourgeoisie und SP genährte Illusion einer "zweiten Schweiz" zu teilen. Im Gegenteil, dieses kleine Land wird auch weiterhin Objekt der Weltpolitik bleiben. Die Klassengegensätze im Weltmaßstab werden auf diesem Boden mehr als bisher ihren Ausdruck finden. Der Wegfall der Besetzung wird auf die freiere Entfaltung der Gegensätze fördernd wirken: im Klassenkampf und in der Politik.

Auch eine andere unserer Perspektiven erfährt eine neuerliche Bestätigung: Die SP bleibt die weitaus wichtigste Partei innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung. Jeder Differenzierungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung wird sich in erster Linie in der SP auswirken.

Unsere allgemeinen Perspektiven bleiben dieselben, aber für die neu entstehende Lage nach dem Staatsvertrag brauchen wir neue taktische Übergangslösungen. Die Ausarbeitung solcher konkreter Forderungen für jede der neu auftretenden Probleme im Klassenkampf gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben für die unmittelbare Zukunft. Sie kann nur das Ergebnis einer breiten Diskussion sein. Für die gegenwärtige Etappe gilt folgendes:

Wir unterstützen die Politik der SP, soweit sie im Gegensatz zur ÖVP steht (Aufteilung der Lasten des Staatsvertrages, Verstaatlichung der USIA-Betriebe). Unsere Kritik richtet sich gegen die Unzulänglichkeit der von der SP-Führung eingesetzten Kampfmittel.

Soweit die Forderungen und die Kampfmittel der SP-Führung im Kampfe gegen die ÖVP unzureichend sind (Paktieren hinter verschlossenen Türen, nur parlamentarischen Kampf) kritisieren wir dies und treten für die Beschließung der Forderungen in den unteren Organen der Partei (Bezirkskonferenzen, Betriebsrätekonferenzen) und für die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes gegen die ÖVP ein.

In der Frage des Bundesheeres unterstützen wir die Forderungen der Jugend nach einer Volksmiliz bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an jedem kapitalistischen Heer.

In der Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands sind wir für die Unterstützung der SPD bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an der Unzulänglichkeit der allgemeinen SPD-Politik.

30.IV.1955.